

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 7. März 1980

Blatt 579

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener Gemeinderat

(rosa)

Nittel: Nur Flötzersteig selbst steht bei Volksbefragung zur Diskussion

Lokal:

(orange)

Thermalbad Ober-Laa erwartet dreimillionsten Besucher

Kultur:

(gelb)

Wiener Gemeinderat gedachte Oskar Kokoschkas

Nur

über FS:

7.3. Gratz über Volksbefragung
In Fleischwolf eingeklemmt - Von Feuerwehr befreit

L o k a l :

=====

thermalbad ober-laa erwartet dreimillionsten besucher

1 wien, 7.3. (rk) zu einem ausgesprochenen hit ist das thermalbad im kurzentrum ober-laa geworden, denn es erfreut sich groesster beliebtheit bei den wienerinnen und wienern, aber auch bei den niederoesterreichern, die aus der naeheren umgebung kommen.

kommenden montag wird der dreimillionste besucher erwartet und vom "seniorenklub-ober" alfred b o e h m sowie von kurdirektor ing. alfred a u e r begruesst werden.

der bersucherrekord im thermalbad hat die kuehnsten erwartungen der kurbetriebsgesellschaft uebertroffen. jetzt, nach fertigstellung des erweiterungsbaus gibt es fast keine wartezeiten mehr. ohne beeintraechtigung des badebetriebs wurde die anlage - der kurbetrieb heilquelle ober-laa ges. m.b.h. untersteht der wiener holding - wesentlich vergroessert.

das ober-laaer thermalbad ist aus vielerlei gruenden ein begriff nicht nur fuer wien und oesterreich, sondern auch fuer das benachbarte ausland geworden. das thermalwasser, das exzellente service und die erstklassigen einrichtungen haben das gute image gepraegt. das thermalbad ober-laa wird auch weiterhin unter dem motto "gesund und fit fuer jung und alt" dem besucher das bestmoegliche bieten. (ka)

0900

k u l t u r :

=====

wiener gemeinderat gedachte oskar kokoschkas

2 wien, 7.3. (rk) zu beginn der sitzung am freitag gedachte der wiener gemeinderat seines am 22. februar in villeneuve verstorbenen ehrenbuergers oskar k o k o s c h k a . buergermeister g r a t z fuehrte in seiner gedenkrede aus:

"kokoschka spielte fuer die entwicklung der deutschsprachigen expressionistischen literatur eine grosse rolle, doch noch groessere bedeutung gewann er als bahnbrechender meister der expressionistischen malerei.

oskar kokoschka blieb das oesterreichische schicksal erspart: er fand noch waehrend seines lebens, sogar schon in relativ jungen jahren, die verdiente anerkennung. er wurde mit dem grossen oesterreichischen staatspreis und mit zahlreichen anderen ehrungen ausgezeichnet.

am 18. maerz 1961 erhielt oskar kokoschka aus der hand des damaligen buergermeisters und spaeteren bundespraesidenten franz jonas die ehrenbuengerurkunde der stadt wien. als dank sagte oskar kokoschka nur wenige saetze. "ich bin tief geruehrt und ich muss stammeln", sagte er. "wien ist eine stadt, mit der ich ein leben lang in gluecklicher und ungluecklicher liebe gelebt habe. wir haben uns gerauft und wir haben uns geliebt." und dann sagte oskar kokoschka mit hinweis auf die ehrenbuengerurkunde: "das hier ist eine liebkosung. wenn ich heute diese ehrung bekommen habe, dann weiss ich, warum ich immer an wien gehangen bin." zehn jahre spaeter, im jahre 1971, ehrte die stadt wien den grossen oesterreicher oskar kokoschka mit einer umfassenden ausstellung, die einen aussergewoehnlichen publikumserfolg hatte. als kokoschka damals zur eroeffnung der ausstellung kam, sagte er: "man lebt in der gesellschaft und sollte daher auch dazu beitragen und etwas fuer die naechste generation schaffen, wobei das einzelne individuum stets das wertvollste innerhalb der gesellschaft sein muesste.

die bildende, gestaltende kunst sollte daher auch stets der wichtigste faktor im kulturellen leben einer stadt sein.''

das werk von oskar kokoschka, das der welt gehoert, bleibt unvergaenglich. wir neigen uns in ehrfurcht vor seiner groesse.''

(red)

0958

k o m m u n a l :

=====

nittel: nur floetzersteig selbst steht bei volks-
befragung zur diskussion

3 wien, 7.3. (rk) eine presseaussendung des vorsitzenden der oesterreichischen hochschuelerschaft, fritz l e n n k h , der behauptet, dass ein ''ja'' zum ausbau des floetzersteigs ein freibrief fuer den bau von ''weiteren 120 kilometern stadt-autobahnen'' waere, nahm verkehrsstadtrat heinz n i t t e l zum anlass, um neuerlich klarzustellen, dass es bei der volksbefragung vom 16. bis 18. maerz ausschliesslich um den ausbau der floetzersteigstrasse selbst, keineswegs um irgendwelche anderen strassenbauvorhaben in wien geht. der floetzersteig ist eine bundesstrasse (b 223) und keine autobahn. ein autobahnmaessiger ausbau dieses strassenzuges war niemals und ist nicht geplant. zu der behauptung, dass in wien ein 120 kilometer langes stadt-autobahnnetz geplant sei, stellte nittel fest, dass im ausbauprogramm fuer die naechsten jahre in wirklichkeit insgesamt 17,5 autobahnkilometer (vor allem im donaubereich: donauuferauto-
bahn) enthalten sind. (ger)

0959

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1)

6 wien, 7.3. (rk) der wiener gemeinderat trat freitag unter vorsitz von gr. m a y r h o f e r (spoe) zu einer sitzung zusammen. der gemeinderat gedachte zu beginn des verstorbenen wiener ehrenbuergers oskar kokoschka (siehe dazu eigene kulturaussendung der "rathaus-korrespondenz"-nummer 2).

fragestunde

auf die e r s t e a n f r a g e von gr. dkfm. dr. w o e b e r (oevp), ob der buergermeister eine ueberpruefung der kosten des wohnparks alt erlaa durch das kontrollamt veranlassen wird, antwortete buergermeister g r a t z (spoe), dass dieser gebahrungsbereich laufend von der wiener holding und dem wiener kontrollamt geprueft wird und er daher keine weitere ueberpruefung veranlassen wird. auf die e r s t e z u s a t z - f r a g e , ob ihm die in den zeitungsen genannten baukostenueberschreitungen bekannt sind, antwortete gratz, dass er keine funktion in der wiener holding hat und dass die holding ihm einen bericht vorlegen wird, wenn sie dies fuer notwendig haelt. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob vor klaerung der finanziellen fragen ueberhaupt eine entlastung der geschaeftsfuehrung erfolgen sollte, antwortete gratz, dass die entlastung der geschaeftsfuehrung die zustaendigen organe und nicht den buergermeister betrifft.

auf die z w e i t e a n f r a g e von gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe), aus welchen gruenden die magistratsabteilungen projektlisten, die fuer die mitwirkung der bezirksvertretungen am vollzug des voranschlags 1980 notwendig sind, den einzelnen bezirksvertretungen nur unzureichend vorgelegt haben, antwortete buergermeister g r a t z (spoe), er habe schon zum zeitpunkt der erstellung des entsprechenden erlasses. erklart, dass es bei einer so grossen umstellung des systems an-

Laufschwierigkeiten geben wird. er ist ueberzeugt, dass es im naechsten jahr funktionieren wird. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , woran es konkret lag, dass der erlass vom juli des vorjahres so mangelhaft durchgefuehrt wurde, antwortete der buergermeister, dass die abteilungen erstmals in der amtsge- schichte schon bei der beschlussfassung des budgets die projekte bezirkweise fuer ein ganzes jahr aufteilen haetten muessen. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob es fuer 1981 moeglich sein wird, die projektlisten bereits im dezember an die bezirksvertretungen zu versenden, antwortete der buergermeister, dass ihm der zustaeendige beamte bereits diesen vorschlag gemacht hat.

auf die d r i t t e a n f r a g e von gr. prof. b i t t n e r (oevp), warum bisher noch keine oeffentliche verkehrsflaeche nach dem erzbischof von wien, kardinal innitzer, benannt wurde, antwortete buergermeister g r a t z (spoe), dass er bemueht ist, eine loesung zu erreichen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , warum zwei vorschlaege fuer den 21. und 23. bezirk abgelehnt wurden, antwortete der buerger- meister, je weniger parteienauseinandersetzungen es ueber diese frage gibt, desto leichter wird eine loesung. kardinal innitzer war exponent einer politisch kaempferischen kirche und deshalb gibt es gerade unter den aelteren vorbehalte. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob noch heuer eine benennung moeglich ist, antwortete der buergermeister, dass er sich auf keinen termin fest- legt. (sei) (forts.)

1055

wiener gemeinderat (2) :

fragestunde (forts.)

7 wien, 7.3. (rk) auf die v i e r t e a n f r a g e von gemeinderat dr. k r a s s e r (oevp) betreffend die erforder- liche moralische qualifikation von dr. wilfling als bereichs- leiter im gesundheitswesen antwortete der buergermeister, dass er nicht bereit sei, solche fragen zu beantworten, da seiner meinung nach bedienstete gegen anklagen ohne verteidigungsmoeglichkeit

geschuetzt werden sollten. auf die e r s t e z u s a t z - f r a g e , ob dr. wilflings wunsch nach loesung des dienstverhaeltnisses stattgegeben wurde, antwortet der buergermeister, dass er ebenfalls nicht bereit sei, diese frage zu beantworten, da sie einem oeffentlichen gerichtsverfahren entspreche. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob fuer die konsulenten der stadt wien nicht dieselben moralischen voraussetzungen bestuenden wie fuer einen bereichsleiter, verweigerte der buergermeister gleichfalls eine beantwortung und stellte fest, dass das an den pranger - stellen als strafe bereits im mittelalter abgeschafft worden sei.

auf die f u e n f t e a n f r a g e von stadtrat dr. m a u t h e (oevp), ob die derzeitige gestaltung des rathausplatzes ein provisorium oder ein definitivum sei, wies der buergermeister darauf hin, dass im jahre 1971 fuer den rathausplatz ein ideenwettbewerb ausgeschrieben wurde, wobei auch eine grosszuegig geplante fussgaengerzone vorgesehen gewesen sei. fuer die realisierung dieser vorstellungen fehlen derzeit allderdings noch verschiedene voraussetzungen, wie etwa eine sperre der reichsratsstrasse. der e r s t e n z u s a t z f r a g e , ob der rathausplatz nicht als ein bestandteil eines groesseren bereiches gesehen werden muesste, stimmte der buergermeister zu, wies jedoch nochmals auf die derzeit bestehenden verkehrsmaessigen schwierigkeiten hin. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob das viertel um den rathausplatz nicht belegt und revitalisiert werden sollte, meinte der buergermeister, dass man ein stadtviertel nicht "amtlich" beleben koennte.

auf die s e c h s t e a n f r a g e von gr. h a n k e (spoe), welche ergebnisse die enquete ueber das "theater der jugend" gebracht haette, berichtete amtsfuehrender stadtrat dr. z i l k dass das interesse bei den 10- bis 14jaehrigen vor allem zurueckgegangen sei, weil fuer diese gruppe zu wenig stuecke angeboten wurden. ebenso sei man zu der ansicht gekommen, dass auch die mitarbeit der elternvereine auf diesem sektor wesentlich forciert werden muesste. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach den konsequenzen, kuendigte stadtrat zilk neben neuen organisationsformen auch eine entsprechende qualitaetsverbesserung des angebotes seitens des theater der jugend an.

(zi) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (3):

fragestunde (forts.)

8 wien, 7.3. (rk) auf die s i e b e n t e a n f r a g e von gr. christine s c h i r m e r (spoe), ueber die musikalischen veranstaltungen waehrend der sommermonate, antwortete stadtrat prof. dr. z i l k (spoe), dass hier sowohl qualitative wie quantitative verbesserungen feststellbar seien. sommer 1979 wurden 205 musikalische veranstaltungen durchgefuehrt, heuer werden es 230 veranstaltungen sein. ausserdem wird eine sorgfaeltige auswahl der orchester vorgenommen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob auch an spezielle veranstaltungen fuer die jugend gedacht sei, antwortete stadtrat zilck, dass es im sommer eine ganze reihe von jazz- und popkonzerten und folkloreveranstaltungen geben wird. eroeffnet wird der musikalische sommer 1980 fuer die jugend mit einem jazz-konzert auf dem rathausplatz.

auf die a c h t e a n f r a g e von gr. f r e i n - b e r g e r (spoe) nach dem derzeitigen stand der untersuchungen in den stadterneuerungsgebieten, antwortete stadtrat univ.-prof. dr. w u r z e r (spoe), dass derzeit in sechs wiener stadtgebieten mit insgesamt 33.000 bewohnern untersuchungen durchgefuehrt werden. in den stadterneuerungsgebieten gumpendorf, ulrichsberg, wilhelmsdorf und storchengrund sind die untersuchungen abgeschlossen. die diskussionsphase mit der bevoelkerung hat begonnen. im stadterneuerungsgebiet himmelpfortgrund wurden untersuchungen eingeleitet, bei einem kleineren gebiet im 17. bezirk wurden untersuchungen vom magistrat selbst abgeschlossen. auf die e r s t e z u s a t z - f r a g e nach konkreten ergebnissen antwortete stadtrat wurzer, dass wirksame stadterneuerungsmaßnahmen unmittelbar an die untersuchungs- und planungsphase anschliessen muessen. selbst kleinere verbesserungen von seiten der oeffentlichen hand seien eine stimulans fuer private erneuerungsinitiativen.

auf die n e u n t e a n f r a g e von gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe), warum den bewohnern des karl marx-hofes keine bewilligung zum fenstereinbau auf eigene kosten erteilt werde, antwortete stadtrat h a t z l (spoe), dass der karl marx-hof unter denkmalschutz steht und derartige bewilligungen daher nicht erteilt werden koennen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wann ein bereits bestehender akt zum fenstereinbau weitergeleitet wird, antwortete stadtrat hatzl, dass bereits gespraechе zwischen den magistratsabteilungen und den bezirksvorstehern im gange seien. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e nach der hoehe des energieverlustes durch schadhafte fenster antwortete stadtrat hatzl, es sei erwiesen, dass nicht jedes neue fenster tatsaechlich zur einsparung von energie fuehre. (ba) (forts.)

1115

wiener gemeinderat (4):

fragestunde (forts.)

9 wien, 7.3. (rk) auf die z e h n t e a n f r a g e von gr. h o l u b (spoe) ueber die information der interessenten ueber aenderungen im bereich der wohnungsverbesserung antwortete stadtrat h a t z l (spoe), dass beabsichtigt sei, eine broschuere aufzulegen. ausserdem verwies hatzl auf presseaussendungen, die bereits gemacht wurden. eine z u s a t z f r a g e , ob gezielte aktionen geplant seien, bejahte hatzl. in frage kommen zum beispiel stadterneuerungsgebiete und wohngebiete mit einem hohen anteil an kleinen und schlecht ausgestatteten wohnungen.

auf die e l f t e a n f r a g e von gr. prof. karoline p l u s k a l (spoe) ueber das mitbestimmungsmodell in dem gemeindewohnbau in der fesstgasse in ottakring antwortete stadtrat h a t z l (spoe), dass dort erstmals eine mitwirkung der kuenftigen mieter an der planung der wohnungen moeglich war. durch die rechtzeitige kontaktaufnahme mit den kuenftigen bewohnern konnten grundrissaenderungen vorgenommen werden. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach weiteren planungsaenderungen auf

grund der mitbestimmung nannte hatzl unter anderen die hofseitige situierung von schlafraeumen, den teilweisen verzicht auf balkone zugunsten groesserer wohnraeume, die einrichtung von schrankraeumen und aenderungen bei bodenbelaeagen und sanitaereinrichtungen. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e nach den problemen, die es bei diesem modell gibt, wies hatzl auf den finanziellen aufwand, der durch die wohnbaufoerderung nicht immer abgedeckt werden kann, und auf die sehr fruehzeitige entscheidung ueber die vergabe der wohnungen sowie auf die schwierigkeiten mancher mieter beim lesen der plaene und mehrmalige, einander widersprechende aenderungswuensche hin.

auf die z w o e l f t e a n f r a g e von gr. gertrude h a e r t e l (oevp), wie er zu der forderung des brigittenaauer bezirksvorstehers bezueglich der vordringlichkeit einer verbreiterung der nordbruecke vor dem bau einer fuenften donaubruecke stehe, antwortete stadtrat n i t t e l (spoe), dass die leistungsfaeahigkeit der bruecke von den zu- und abfahrtsmoeglichkeiten, den kreuzungen und verkehrsknoten abhaenge. die verlaengierung der s 2 zur bruenner strasse und der anschluss der donauuferautobahn werden spuerbare entlastungen bringen. alle anschluesse sind auf eine vierspurige nordbruecke ausgerichtet, eine verbreiterung wuerde keine verbesserung der verkehrssituation bringen. dazu kommt, dass eine solche verbreiterung in technischer hinsicht einem neubau gleichkaeme und eine zeitweise sperre der bestehenden bruecke erfordern wuerde. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e ueber den gegenteiligen beschluss der brigittenaauer bezirksvertretung antwortete nittel, dass er den bezirksvorsteher bereits informiert habe. es sei aufgabe der verwaltung, anregungen der bezirksvertretungen genau zu pruefen. dies ist auch geschehen. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e, ob eine strasse durch den augarten geplant sei, antwortete nittel, dass weder eine autobahn durch den 20. bezirk noch irgendeine andere strasse im 2. oder 20. bezirk mit aehnlicher funktion geplant sind. die frage ist eindeutig mit "nein" zu beantworten. die brigittenaauer bruecke soll nur die beiden strassen entlang der donau (a 22 und b 10) miteinander verbinden.

auf die 13. anfrage von gr. hahn (oevp), warum die detailplanung fuer signal- und sicherungsanlagen in einem abschnitt der u 2 bei beginn der umbauarbeiten noch nicht abgeschlossen waren, antwortete stadtrat nittel (spoe), dass diese planungen erst nach genehmigung des gleisprojektes durch die aufsichtsbehoerde durchgefuehrt werden konnten. es kam dadurch aber zu keinen terminverzoegerungen fuer die inbetriebnahme der u 2. in der ersten zusatzfrage wies hahn auf die kritik des kontrollamtes ueber minderausgaben beim u-bahn-bau hin und wiederholte seine frage, warum die planungen nicht rechtzeitig durchgefuehrt wurden. nittel bekraeftigte in seiner antwort neuerlich, dass es weder zu verzoegerungen noch zu vertuerungen beim bau der u 2 gekommen sei. bei derart komplizierten bauvorhaben kommt es immer wieder vor, dass neue behoerdliche auflagen erteilt werden. auf die zweite zusatzfrage, ob die inbetriebnahme der u 2 nicht um ein jahr verzoegert wurde, antwortete nittel mit der einladung an hahn, sich bei einem baustellenbesuch persoendlich davon zu ueberzeugen, dass keine verzoegerung eingetreten ist. (ger) (forts.)

1128

wiener gemeinderat (5):

fragestunde (schluss)

10 wien, 7.3. (rk) auf die 14. anfrage von gemeinderat eveline andrlik (spoe), wieweit die umbauarbeiten am julius raab-platz gediehen sind, antwortete stadtrat nittel (spoe), dass bis zum fruehjahr 1981 ein gleisprovisorium bestehen und dann mit den abschlussarbeiten begonnen wird. auf die erste zusatzfrage, wann die linie "n" in betrieb gehen wird, antwortete stadtrat nittel, am 28. juni dieses jahres.

mit der 14. anfrage wurde die fragestunde beendet. (sei) (forts.)

1152

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (6):

anfragen und antraege

11 wien, 7.3. (rk) nach der fragestunde setzte der gemeinderat seine beratungen mit der tagesordnung fort. dem gemeinderat lagen eine anfrage der fpoe und drei anfragen der oevp vor. weiters wurden sechs antraege der oevp, ein antrag der fpoe und ein antrag der bezirksvertretung des 6. bezirktes eingebracht. die oevp-antraege betrafen die forderung nach einer periodischen berichterstattung ueber das allgemeine krankenhaus, die erstellung eines unabhaengigen gutachtens ueber die auswirkungen des geplanten kohlekraftwerkes im tullnerfeld, ueber die begruenung von innenhoefen, ueber ein zu bauendes schutzdach bei der strassenbahnhaltestelle oper, ueber erziehungsgelder fuer alleinstehende muetter und ueber ambulante einrichtungen der erziehungshilfe. der fpoe-antrag forderte die benuetzung der innerstaedtischen autobuslinien zum normaltarif. der antrag der bezirksvertretung des 6. bezirktes betraf die errichtung von spiel- und sportplaetzen in diesem bezirk. die anfragen und antraege wurden den zustaendigen gemeinderatsausschuessen zur behandlung zugewiesen.

altstadterhaltung

stadtrat prof. dr. z i l k (spoe) beantragte, aus mitteln des altstadterhaltungsfonds zuschuesse von 28,9 millionen fuer verschiedene projekte zu genehmigen. wie stadtrat zilk erklaerte, hat die altstadterhaltung in wien eine ausserordentlich starke und rasante entwicklung genommen. allein von 1977 bis 1979 stiegen die zuschuesse von 35 millionen auf 67 millionen. wenn es auch eine reihe von problemen gibt, wie den ballhausplatz, den judenplatz, das ronacher oder den suennhof, so sollen diese schwierigkeiten nicht den blick aufs ganze verhindern. dr. zilk fuehrte eine reihe von kunsthistorisch wertvollen objekten an, die in den letzten jahren durch den altstadterhaltungsfonds gerettet und

saniert wurden. allein 1978 wurden 186 projekte gefoerdert. fuer die zukunft ist eine reihe von initiativen geplant, darunter eine eigene hilfsstelle fuer personengruppen wie junge ehopaare und studenten, die ein brachliegendes objekt revitalisieren moechten. die frage des bundesstaatlichen denkmalschutzes ist diskussionswuerdig. das aus dem jahr 1923 stammende gesetz ermoeglicht keinen ensembleschutz und gewaehrt auch keine finanzielle sicherstellung. die laender schliessen diese luecken, so wien mit dem kulturschilling, der eine finanzielle sicherstellung gewaehrleistet. (se1)

gr. h i r n s c h a l l (fpoe) verwies auf den erfreulichen umstand, dass immer mehr personen von der moeglichkeit gebrauch machen, mit unterstuetzung von mitteln aus dem kulturschilling denkmalgeschuetzte und kulturhistorisch interessante bauten zu revitalisieren und baulich zu erneuern. seiner meinung nach sollten allerdings dafuer in anbetracht dieser entwicklung die gesamten ertraegnisse des kulturschillings verwendet werden. im gegensatz zu dieser positiven entwicklung gibt es auch andere beispiele, wie etwa die haeuser am judenplatz 1 und 2, die bedauerlicherweise zu reinen spekulationsobjekten ihrer jeweiligen besitzer geworden sind. und hier habe die fpoe bereits vor jahren entsprechende initiativen verlangt, die jedoch nur unzureichend erfuehrt worden sind. vielmehr gaebe es eine unzahl von verfahren und prozessen zur durchsetzung von baulichen, den bestimmungen des denkmalschutzes widersprechenden massnahmen. hirnschall kritisierte das bisherige vorgehen des magistrates bei faelligen ersatzvornahmen und urgierte entsprechende novellierungsvorschlaege fuer die derzeit unzureichenden bestimmungen der bauordnung, wobei er in diesem zusammenhang von einem 'hilflosen' magistrat sprach. der fall 'judenplatz' sollte daher keinesfalls die aufgabe der bisherigen prinzipien und grundsaeetze bedeuten, schloss der debattenredner. (zi) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (7)

altstadterhaltung (forts.)

12 wien, 7.3. (rk) wiens aelteste gotische profanbauten auf dem judenplatz muessen erhalten bleiben, stellte gemeinderat dr. k r a s s e r (oevp) fest. von seiten der stadtverwaltung und der gesiba habe es zahlreiche versaeumnisse gegeben. die erhaltung der haeuser sei nicht nur wegen ihres kulturellen wertes, sondern auch wegen gefaehrlicher beispielefolgerungen notwendig. krasser zaehlte die chronologie der besitzverhaeltnisse auf. als die gesiba als geeigneter dritter fuer die renovierung beauftragt wurde, war sie gegen die kawog erfolglos, weil diese alles unternahm, um die instandsetzung zu verhindern. obwohl ein instandsetzungsauftrag seitens der baupolizei vorhanden war, wurden jedoch keine ersatzvornahmen durchgefuehrt. in einem erkenntnis des verwaltungsgerichtshofes von 1976 heisst es, dass der eigentuemer bei wirtschaftlicher unrentabilitaet den abbruch vornehmen duerfe. aus den gerichtsbeschluessen geht jedoch hervor, dass die instandsetzungsarbeiten 1973 - zum zeitpunkt der beauftragung - noch keinesfalls unwirtschaftlich waren. der eigentuemer koennte daher nach meinung krassers noch immer zur verantwortung gezogen werden. der oevp-gemeinderat kritisierete ausserdem, dass die gesiba die von der stadt wien zugesagten drei millionen aus dem altstadterhaltungsfonds nie erhalten habe.

im weiteren sprach gemeinderat dr. krasser ueber die begu-
achtungstaetigkeit des altstadterhaltungsbeirates und ueber die
verwendung des kulturschillings. da der altstadterhaltungsfonds
allein aus dem kulturschilling gespeist werde, stimme die oevp
jedesmal, wenn es um die finanzierung anderer kultureller zwecke
aus dem kulturschilling gehe, dagegen. viele objekte, fuer deren
renovierung der bund zustaeendig waere, werden von der stadt wien
uebernommen, so dass eine ueberbeanspruchung des fonds in kuerze
unabwendbar sei. ((ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

altstadterhaltung (forts.)

14 wien, 7.3. (rk) die redner der opposition lassen fast den eindruck entstehen, dass die altstadterhaltung ausschliesslich die beiden haeuser am judenplatz betrifft, erklarte gr. w i n d h a b (spoe). in wirklichkeit reicht die problematik jedoch weit ueber die innere stadt hinaus. grundsuetzlich muss zur frage der altstadterhaltung festgestellt werden, dass nicht alles alte auch erhaltenswert ist. eine verantwortungsbewusste stadtverwaltung hat die ihr zur verfuegung stehenden mittel so auszugeben, dass sie alle ihre aufgaben im interesse der gesamten bevoelkerung erfuelen kann. in der vergangenheit erwies sich die revitalisierung fast immer nur dann als moeglich, wenn die stadt wien die objekte erworben hat. windhab verwies in diesem zusammenhang auf die beispiele spittelberg und planquadrat. in einem rechtsstaat ist manches schwieriger durchzusetzen. diese nachteile gegenueber einem totalitaeren staat nehmen wir aber gerne in kauf, betonte windhab.

er erinnerte daran, dass altstadterhaltung nicht nur aus jenen massnahmen besteht, die im altstadterhaltungsfonds enthalten sind. als beispiele nannte windhab die schaffung von fussgaengerzonen und den bau der u-bahn. in wien wird sehr viel getan fuer die altstadterhaltung, und wir werden auch in zukunft unsere ganze kraft fuer eine sinnvolle altstadterhaltung einsetzen, wobei aber bedacht werden muss, dass die stadt ihre gesamtmittel fuer ihre vielfaeltigen aufgaben im interesse der gesamten bevoelkerung einzusetzen hat.

bezirksvorsteher ing. h e i n z (oevp) stellte fest, dass die bevoelkerungszahl im 1. bezirk seit 1960 um mehr als die haelfte gesunken ist. die funktion der inneren stadt als wohnbezirk wurde dadurch in bedrohlichem masse eingeschraenkt. die bezirksvorsteherung des 1. bezirks war dafuer eingetreten, die umwidmung von wohnraum in bueros zu verbieten, und der wiener

gemeinderat setzte drei wichtige massnahmen: 1973 wurde die innere stadt zur schutzzone erklart, in die bauordnung wurde ein umwidmungsverbot aufgenommen, und fuer den dachgeschossausbau wurden foerderungsmassnahmen beschlossen.

die bezirksvertretung innere stadt ist aeussert besorgt, dass die beiden denkmalgeschuetzten haeuser am judenplatz verfallen, betonte heinz. diese beiden haeuser sind ein beredtes beispiel fuer die wiener baukunst, und sie sollen das auch in zukunft bezeugen. das schicksal ihrer bewohner waere ein geeigneter stoff fuer ein fernsehspiel. seit 12 jahren kaempft die mietergemeinschaft um die erhaltung ihrer angestammten wohnhaeuser. der hausinhaber verfolgte die strategie, die bauauftraege nicht zu erfuehlen und nervenbelastende absiedlungsaktivitaeten mit kuendigungen und prozessen zu entfalten. 1968 lebten in den beiden haeusern noch 32 familien, 1972 waren es 24, heute sind es noch zehn, die den verzweifelten kampf nicht nur um ihre wohnung, sondern auch um den denkmalschutz und den glauben an den rechtsstaat fortsetzen. immer wieder wurde die technische und wirtschaftliche abbruchreife behauptet, die von den gerichten jedoch mehrmals zurueckgewiesen wurde. entgegen gerichtlichen entscheidungen wurde den an der instandsetzung beteiligten firmen der zutritt verweigert. die kapitulation der gesiba ist nicht einmal unverstaendlich. die hausinhabung hat die renovierungsarbeiten bewusst verhindert. das gesetz stellt die zerstoerung von denkmaelern unter strafe. darunter faellt auch die sabotierung nowendiger massnahmen. heinz stellte die frage, ob nicht noch zeitgerecht ein gesetz beschlossen werden koennte, das eine enteignung gegen entschaeDIGung ermoeglicht. die frage, ob die republik oesterreich den denkmalschutz ernstnimmt, wird sich auch an den haeusern am judenplatz erweisen. heinz appellierte an den hausinhaber, auf die oeffentlichen interessen einzuschwenken. dass man auch alte, abgewohnte haeuser renovieren kann, dafuer gibt es in wien gute, international beachtete beispiele wie die schoenlaterngasse, maria am gestade und den spittelberg. die stadt wien soll die buergerschaft fuer die instandhaltung uebernehmen, damit die gesiba die instandsetzung wiederaufnehmen und rasch durchfuehren kann. alle rechtlichen moeglichkeiten zur in-

standsetzung sollen ausgeschöpft werden. heinz schloss mit dem ersuchen, am judenplatz zu dokumentieren, dass die zeit der spekulativen spitzhackenloesungen fuer den schoenen hausbestand wiens vorbei ist. (ger)

fuer eine differenzierte foerderung bei der altstadterhaltung sprach sich dkfm. b a u e r (fpoe) aus. derzeit werden fast ausschliesslich verlorene zuschuesse gewahrt. das kann, wie im fall leherb, dazu fuehren, dass ein mit steuergeldern saniertes haus spaeter mit profit verwertet wird. in solchen faellen muesste der hauseigentuemmer die mittel zurueckzahlen.

die spoe wird die oevp beim wort nehmen, wenn es um haertere gesetze bei grund und boden geht, erklarte gr. h i r s c h (spoe). bisher hat die oevp eher den spekulanten die mauer gemacht und daher ist das eintreten der oevp im falle judenplatz eine spiegelfechtereil. man sollte mit diesem problem nicht "politisch krebse gehen" und daraus kein "frivoles, politisches spiel" machen. (sei)
(forts.)

1447

wiener gemeinderat (9):

altstadterhaltung (forts.)

15 wien, 7.3. (rk) gemeinderat h a h n (oevp) meinte eingangs, dass dieses problem bereits seit einem jahrzehnt bekannt ist, jedoch bedauerlicherweise nichts geschehen sei. was die vorgesehene hinaufsetzung der miete auf das 51fache betrifft, so stehe dies eindeutig im gegensatz zum derzeit geltenden mietengesetz. in diesem zusammenhang kritisierte hahn auch die tatsache, dass seit dem jahr 1969 leider keine zinsunterstuetzungen mehr fuer paragraph 7-wohnungen gewahrt werden. zum gesamtproblem der altstadterhaltung nannte der debattenredner als beispiel fuer diverse projekte, die in den laden verschwanden, die freyung, das deutschmeisterpalais und das ronacher. die oevp habe spekulat-
tionen nie gedeckt, sondern sei vielmehr immer bemueht gewesen,

diese aufzuzeigen. neben einer intensiveren betreuung und beratung der antragsteller sollten kuenftighin auch mehr mittel als bisher zur verfuegung gestellt werden. so wurden in den jahren von 1974 bis 1979 insgesamt 351,2 millionen s an foerderungsmittel aufgewendet, wovon jedoch bedauerlicherweise 78,5 millionen s fuer andere zwecke verwendet wurden. in diesem zusammenhang nannte hahn auch den ulrichsberg, einen der assanierungsschwerpunkte in wien. wurden 30 millionen s dafuer genehmigt, so betraegt einer schaeztung zufolge der kostenaufwand fuer die gesamtassanierung jedoch rund 600 millionen s. der erhaltung des kulturellen wertvollen alt-hausbestandes muesse daher in zukunft eine groessere prioritaet als bisher eingeraeumt werden. dies macht aber auch die bereitstellung von zusaetzlichen finanziellen mitteln notwendig, denn derzeit werden rund ein viertel der einnahmen aus dem ertraegnis des wiener kulturschillinggesetzes fuer andere zwecke als fuer die wiener altstadterhaltung verwendet. so sind fuer 1980 nur 43,4 millionen der insgesamt 67 millionen der kulturschillings-einnahmen fuer die private altstadterhaltung vorgesehen. da diese mittel fuer eine zuegige und umfassende sanierung des wiener alt-hausbestandes bei weitem nicht ausreichen, wie hahn ausfuehrte, stellte er den a n t r a g , diese mittel entsprechend zu erhoehen. (zi) (forts.)

1450

wiener gemeinderat (10):

altstadterhaltung (forts.)

16 wien, 7.3. (rk) gr. dr. m a y r (oevp) hob zwei objekte hervor, die seiner meinung nach typisch fuer die langwierigkeit von revitalisierungen sind. das haus der baeckerinnung in der florianigasse und das gebaeude in der burggasse 102 koennen erst nach jahrelangen vorarbeiten und wartezeiten restauriert werden. ein weiteres problem seien die schutzzonen mit doerflichem charakter nahe der stadtgrenze. in oberlaa habe es bis jetzt kein einziges ansuchen fuer die restaurierung eines hauses gegeben, weil nur die fassadenrenovierung, nicht aber die trocken-

legung der gemaeuer finanziert wird. in einem gutachten der gesellschaft fuer stadterneuerung werden loesungsmoeglichkeiten fuer die altstadterhaltung aufgezeigt:

- o die vollziehung des denkmalschutzgesetzes soll den laendern ueberlassen werden
- o der verpflichtung der erhaltung soll ein recht auf finanzielle hilfe gegenueberstehen
- o im rahmen der bauordnung sollen zusaetzliche ausnahmebestimmungen fuer denkmalgeschuetzte bauten geschaffen werden.

str. h a t z l (spoe) wies den vorwurf, die stadt wien sei im fall judenplatz saeuemig geworden, zurueck. die stadt wien habe sich oftmals bemueht, verstaendigungsmoeglichkeiten zu suchen, sei jedoch in ihrem vorgehen jedesmal durch gerichtsbescheide gebremst worden. grundsaeztlich sollen wohnungen in der innenstadt nicht in bueros umgewandelt werden, aber in diesem fall sei der von str. zilk vorgeschlagene kompromiss die beste und billigste loesung fuer die mieter. der stadtverwaltung schuld zuzuschreiben und zu fragen, wer im rathaus herrn kallinger schuetze - wie dies die oevp tat - sei reine demagogie. von den debattenrednern der opposition wurde gleichzeitig in chronologischer reihenfolge die vorgangswise in der stadtverwaltung aufgezaehlt. als die stadt wien seinerzeit das haus auf dem judenplatz kaufen wollte, hat sich die oevp dagegen ausgesprochen. in der zwischenzeit scheint es sich herumgesprochen zu haben, dass durch privatinitiativen kaum stadterneuerung betrieben werden kann. erfreulich sei auch die oevp-erkenntnis, dass mietzinsreserven fuer die erhaltung der alten haeuser angelegt werden muessen. str. hatzl wies darauf hin, dass es sich bei stadterneuerungsmaßnahmen immer wieder um entscheidungen handeln muss, die dem einzelnen betroffenen wenig freude bereiten. der spekulative abbruch erhaltungswuerdiger haeuser sollte als gemeinsames anliegen aller politischen parteien verhindert werden. im fall des judenplatzes sollte der kompromiss, zu retten, was ein eigentuemer in ausnutzung aller gesetzlicher moeglichkeiten verschuldet hat, und den mietern die wohnungen kostenguenstig zu erhalten, ergriffen werden. (ba)

(forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (11):

altstadterhaltung (schluss)

17 wien, 7.3. (rk) in der debatte sei eine sehr weitgehende verbale uebereinstimmung festzustellen, erklarte gemeinderat ing. h o f m a n n (spoe). die oeffentliche hand hat die verpflichtung, zur erhaltung der historisch wertvollen substanz einen entsprechenden beitrag zu leisten. hofmann bekannte sich dazu, dass auch die architektur unserer zeit ihre ausdrucksformen findet, wobei der anteil des beispielgebenden so hoch oder so niedrig ist wie in frueheren epochen auch.

bereits seit jahren fuehren die mieter der denkmalgeschuetzten haeuser judenplatz 1 und 2 einen kampf um die erhaltung dieser beiden objekte, die mehr und mehr dem verfall preisgegeben werden. rechtskraeftige auflagen des magistrats konnten bisher infolge nicht vollkwaersamer rechtsnormen nicht durchgesetzt werden. aus diesem grunde erscheint es notwendig, raschest im wege der bundesgesetzgebung massnahmen zu ergreifen, die derartige spekulationen zu lasten des denkmalschutzes, der altstadterhaltung und nicht zuletzt der betroffenen mieter ausschliessen sollen. hofmann brachte deshalb einen a n t r a g ein, den buergermeister zu ersuchen, im namen des gemeinderates der stadt wien eine verschaerfung der gesetzlichen Bestimmungen zur erhaltung wertvoller bausubstanz unter ausschliessung jedweder spekulaton, einschliesslich der raschen enteignung als letztes mittel, bei organen der bundesgesetzgebung zu verlangen.

die einstimmige annahme dieses antrages, erklarte hofmann, waere eine gemeinsame willenskundgebung und ausdruck dafuer, dass die altstadterhaltung ein gemeinsames anliegen ist. hofmann erinnerte daran, dass vor einigen jahren, als hausbesitzer unter ausnuetzung einer gesetzesluecke massendelogierungen durchfuehrten, eine aehnliche initiative anlass fuer eine entsprechende gesetzesnovelle war.

in seinem schlusswort wies stadtrat prof.dr. z i l k (spoe) darauf hin, dass nunmehr ein antrag zur abstimmung gelangt, der im rahmen der altstadterhaltung 84 haeuser mit einem kosten- aufwand von nahezu 29 millionen schilling umfasst. die staendig stei- genden anforderungen, die an die stadtverwaltung herangetragen werden, sind ein erfreuliches zeichen fuer das interesse der wiener auf diesem gebiet. dieser prozess soll weiter gefoerdert werden.

zum problem judenplatz merkte zilk an, dass vieles leichter gewesen waere, wenn einige der heutigen redner dieselbe leiden- schaft dafuer schon aufgebracht haetten, als er dieses problem - damals noch als fernsehjournalist - aufgegriffen hatte. zilk betonte, dass er fuer die mieter eingetreten sei. einen "zilk- kallinger-pakt" gibt es nicht. es gab lediglich gespraechе, die von ihm in der absicht gefuehrt worden waren, zu ermoeglichen, fuer die mieter zu einem ertraeglichen zins zu gelangen. zilk wies darauf hin, dass sich die mieter bei ihm dafuer bedankt haben.

zum problem ronacher stellte zilk fest, dass sich fuer ihn als kulturstadtrat nicht die frage stelle, wem etwas gehoert, sondern fuer ihn sei dies eine sachfrage, eine frage des kulturkonzeptes. zilk schloss mit einem bekenntnis zur fortsetzung der altstadter- haltung in steigendem masse.

a b s t i m m u n g : der antrag wurde einstimmig angenommen. ebenfalls einstimmig wurde der beschluss- und resolutionsantrag der spoe angenommen. der oevp-antrag wurde einstimmig zugewiesen.

(ger) (forts.)

1553

wiener gemeinderat (12):

schutzzonen

=++++

18 wien, 7.3. (rk) stadtrat univ.-prof. dipl.-ing. dr. w u r z e r (spoe) beantragte, den flaechenwidmungsplan zwischen erdbergstrasse, maria eis-gasse, rasumofskygasse, erdberger laende und wassergasse im 3. bezirk neu festzulegen und einen teil davon zur schutzzone zu erklaren.

in einem ueberblick ueber die schutzzonen in wien erklarte stadtrat wurzer, dass in den letzten sieben jahren insgesamt 71 schutzzonen festgesetzt wurden. die mit der festsetzung verbundene erwartungen sind fast uneingeschraenkt erfuehlt worden. wertvolle siedlungsteile konnten erhalten werden, wien wurde durch vielfaeltige sanierungen farbiger, und auch die oeffentliche meinung wurde in diesen fragen sensibilisiert.

allerdings sollte man auch in schutzzonen modernem leben raum geben. unsere epoche hat das recht, "spuren" zu hinterlassen. bei strenger auslegung des paragraph 85 abs. 5 der wiener bauordnung haette ein adolf loos sein haus am michaelerplatz wahrscheinlich nicht bauen koennen. es waere bedauerlich, wenn die entwuerfe eines adolf loos heute in der inneren stadt nicht verwirklicht werden koennten.

bei der ausstellung ueber die verbauung des ballhausplatzes haben 60 prozent der besucher erklart, dass das neubauprojekt den zielsetzungen entspricht. 23 prozent fanden, dass die ziele teilweise erfuehlt werden. 17 prozent sprachen sich gegen das neubauprojekt aus. (sei)

gr. mag. k a u e r (oevp) erklarte, dass seine fraktion der vorliegenden aenderung des flaechenwidmungsplanes nicht zustimmen werde. seiner meinung nach wuerde damit der von der landstrasser bevoelkerung langgehegte wunsch nach oeffnung der zwischen der im palais rasumofsky befindlichen geologischen bundesanstalt und dem brg 3 gelegenen gartenflaeche nicht realisiert werden koennen. dies sei umso bedauerlicher, da es einen diesbeueglichen antrag der bezirksvertretung, aber auch initiativen seitens der bevoelkerung gibt. in anbetracht dieser umstaende stellte er einen a n t r a g auf entsprechende umwidmung des parks der geologischen bundesanstalt. (zi) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (13):

schutzzonen (schluss)

=++++

19 wien, 7.3. (rk) die stadtverwaltung hat sich seit jahren bemueht, mit dem bund und dem geologischen institut verhandlungen ueber die oeffnung des gartens in der rasumofskygasse zu fuehren, stellte gr. s e e b o e c k (spoe) fest. der garten im ausmass von 40 mal 35 meter flaeche koenne jedoch nicht mit dem burggarten verglichen werden. ausserdem gibt es im nahen umkreis des flaechenwidmungsgebietes 17 gaerten, ueber deren oeffnung fuer die oeffentlichkeit verhandelt werden koennte.

gr. mag. k a u e r (oevp) wies nochmals auf die einhellige beschlussfassung der bezirksvertretung landstrasse zur oeffnung des gartens hin. es gehe daher um den beweis, wie ernst es der rathausmehrheit mit den bezirksrechten sei.

in seinem schlusswort sagte stadtrat w u r z e r , dass das geologische institut mit wertvollen einrichtungen ausgestattet sei, die eine oeffnung des gartens problematisch werden lassen. ausserdem aendere der neue flaechenwidmungs- und bebauungsplan nichts an einer entscheidung ueber die oeffnung des gartens.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag wurde abgelehnt, der antrag mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n . (ba)
(forts.)

1609

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (14):

stadterneuerung

20 wien, 7.3. (rk) stadtrat h a t z l (spoe) beantragte die errichtung eines staedtischen wohnhauses in der martinstrasse im 18. bezirk mit 17 wohnungen. es handelt sich dabei um einen neubau im dichtverbauten gebiet im sinne der stadterneuerung. auch besondere formen der mitbestimmung werden hier verwirklicht. hatzl wies auf die verbesserung der wohnqualitaet hin, auf die entwicklung neuer wohnformen, auf das hoehere mass an mitbestimmungsmoeglichkeiten fuer die mieter. 1979 wurden in wien 8.000 neue wohnungen gebaut. aus untersuchungen geht hervor, dass die gesamtbaukosten bei kommunalen wohnbauten niedriger sind. die qualitaet der gemeindewohnungen ist nicht schlechter, zum teil sogar besser. dies entspricht einer entwicklung in dieser stadt, die seit vielen jahren vorangetrieben wurde.

die stadterneuerung ist kein wiener phaenomen, sondern dieses problem stellt sich in allen grosstaedten. der kernpunkt dabei ist es, menschengerechte wohnungen anzubieten. der ''wiener weg'' ist erfolgreich, betonte hatzl. von 6.750 in bau befindlichen staedtischen wohnungen liegen 21 prozent innerhalb des guertels beziehungsweise in der dichtestverbauten westzone, weitere 45 prozent in dichtverbauten gebieten - insgesamt also 2/3 - gehoeren ebenfalls in den bereich der stadterneuerung. betrachtet man die zahl der baustellen, so ist der anteil der stadterneuerungsprojekte noch viel groesser: 63 prozent aller baustellen befinden sich innerhalb des guertels oder in der dichtestverbauten westzone. gleichzeitig werden auch die entsprechenden infrastrukturellen massnahmen getroffen. die hochbautaetigkeit der stadt wien stellt schliesslich auch einen wichtigen beitrag zur arbeitsplatzsicherung dar, wobei es gelungen ist, auch das problem der winterarbeitslosigkeit unter kontrolle zu halten. hatzl betonte, dass neben der revitalisierung auch die neubautaetigkeit zu forcieren ist.

gr. ing. h o f s t e t t e r (spoe) wies darauf hin, dass heute mehrere kleinere wohnbauvorhaben vom wiener gemeinderat beschlossen werden. ein besonderes augenmerk ist auf den verbesserten waermeschutz zu legen. wien hat sich mit dieser frage bereits intensiv beschaeftigt. investitionen auf diesem gebiet liegen sowohl im interesse der bewohner als auch in dem der energiewirtschaft. es sollten auch solche waermeschutzmassnahmen steuerlich gefoerdert werden, die von vornherein mitgebaut werden, nicht nur deren nachtraeglicher einbau.

nach wie vor besteht ein wohnungsbedarf. der oevp-vorschlag, den staedtischen wohnbauten 500 millionen zu entziehen, sei deshalb unverstaendlich. hofstetter unterstrich die bedeutung des wohnungsberatungszentrums der stadt wien, das im vergangenen jahr von 25.000 menschen in anspruch genommen wurde. (ger)

von der absicht, zu bauen, bis zur fertigstellung des wohnhauses in der martinstrasse werden mehr als sieben jahre vergehen, erklaerte gr. dr. m a y r (oevp). bei der stadt wien schlaegt sich eine so lange vorbereitungszeit finanziell nicht zu buche. jeder andere bautraeger haette erhoehrte kosten. dr. mayr trat fuer eine schnellere realisierung der projekte ein.

die uebergabe der gemeindewohnungen ins eigentum ist sicher nicht bei bezug einer anlage moeglich. in spaeteren jahren, wenn die bewohner, wie die erfahrungen zeigen, einen gewissen wohlstand erreicht haben, waere es sinnvoll, die moeglichkeit des eigentums zu eroeffnen.

stadtrat h a t z l (spoe) erklaerte in seinem schlusswort, die lange vorbereitungszeit ergebe sich daraus, dass man sich bei der absiedlung aus altwohnhaeusern nach den beduerfnissen der menschen zu richten hat. menschen kann man nicht wie maschinen behandeln, und daher ist eine umsiedlung von einem tag auf den anderen nicht moeglich. das ist eine der ursachen fuer laengere vorbereitungszeiten.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (15)

wohnhausanlage mitterfeldgasse

21 wien, 7.3. (rk) den antrag auf errichtung einer wohnhausanlage mit 143 wohnungen in simmering, schemmerlstrasse-mitterfeldgasse-gadnergasse um 115,8 millionen s stellte gemeinderat ing. h o f s t e t t e r (spoe).

gemeinderat dr. p e t r i k (oevp) betonte dazu, dass diese anlage gegen den willen der buergerinitiative mitterfeld errichtet werde und bereits bei der aenderung des flaechenwidmungs- und bebauungsplans 237 menschen einspruch erhoben haetten. die anlage passe strukturell nicht in das umgebende einfamilienhausgebiet und liege in einem problemgebiet: der bereich sei nicht nur von drei seiten von strassenzuegen umschlossen - unter anderem werde die kuenftige b 225 in hochlage vorbeifuehren - sondern ueberdies auch hoffnungsgebiet der oemv. es sei ihm unverstaendlich, wie eine ansiedlung in einem gebiet mit zu erwartender starker laermentwicklung und luftverschlechterung durchgefuehrt werden koenne, schloss petrik.

stadtrat h a t z l (spoe) wies darauf hin, dass gerade die anrainer vor jahren vehement von der bezirksvertretung verlangten, das oedland einer wohnbebauung zuzufuehren. ein entsprechender antrag sei auch einstimmig in der bezirksvertretung beschlossen worden, offensichtlich drehe sich die oevp jedoch, wie ihre heutigen aussagen zeigen, mit dem wind.

zur geplanten wohnhausanlage selbst betonte hatzl, dass sie nur in wenigen punkten die bauklasse 1 ueberschreiten und sich der umgebenden siedlung anpassen wird. dem siedlungscharakter werde darueber hinaus noch durch drei hoefer in der anlage rechnung getragen, kinderspielplaetze, parkplaetze und entsprechende infrastruktur seien ebenfalls vorgesehen. zusaetzlich wies hatzl auf die 900 familien hin, die in simmering auf eine gemeindewohnung warten.

wolle man in randzonen die verkehrssituationen in bestimmten gassen nicht weiter verschlechtern, werde eben eine andere strassenorganisation noetig. und zu einer wohnhausanlage gehoeren eben strassen, meinte der wohnungsstradtrat zur frage der strassenfuehrung.

a b s t i m m u n g : mit mehrheit angenommen. (hs)
1732

wiener gemeinderat (16):

dienstvorschrift fuer lehrlinge

22 wien, 7.3. (rk) die genehmigung der dienstvorschrift fuer lehrlinge beantragte gr. p o e d e r (spoe). in dieser dienstvorschrift sind die einzelnen vorschriften und erlaesse zu einem einheitlichen und ueberschaubaren recht zusammengefasst. ein neuer berufszweig, der des gas- und wasserinstallateurs, wurde ebenfalls in die neue dienstvorschrift aufgenommen. in den letzten jahren sind 6.500 junge menschen von der stadt wien ausgebildet worden.

gr. a r t h o l d (oevp) kritisierte, dass die neue dienstvorschrift nur ein provisorisches dienstverhaeltnis auf vier monate nach abschluss der lehre vorsieht. die steigenden lehrlingszahlen in wien seien auf die gesteigerten geburtenzahlen zurueckzufuehren. 80 prozent der lehrlinge werden in klein- und mittelbetrieben ausgebildet.

in seinem schlusswort hob gr. p o e d e r die bedeutung der stadt wien als lehrherr fuer junge menschen hervor. nach der lehre wird grundsaeztlich ein dauerarbeitsplatz zur verfuegung gestellt, lediglich fuer jugendliche, die ihr ausbildungsziel verfehlen, tritt das befristete dienstverhaeltnis in kraft.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ba) (forts.)
1735

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (17) :

internationales studentenhaus doebling

24 wien, 7.3. (rk) gemeinderat h o l u b a r z (spoe) beantragte die gewaehrung einer subvention von vier millionen fuer das internationale studentenhaus doebling. gemeinderat s c h n e i d e r (oevp) erklarte, dass seine fraktion dieser subvention inhaltlich zustimme, die bedeckung aus mitteln der fremdenverkehrsfoerderung jedoch ablehne.

gemeinderat h o l u b a r z (spoe) erklarte in seinem schlusswort, dass die bedeckung aus mitteln der fremdenverkehrsfoerderung gerechtfertigt sei.

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe und fpoe.

"foerderungszuschuesse"

gemeinderat ingrid s m e j k a l (spoe) beantragte die gewaehrung eines foerderungszuschusses an das kuenstlerhaus in der hoehe von 200.000 sfuer die ausstellung "rudolf hausner".

gemeinderat p r o c h a s k a (oevp) wandte sich gegen die bedeckung aus dem kulturschilling und brachte einen entsprechenden abaenderungsantrag ein.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag der oevp wurde mit den stimmen der spoe abgelehnt, der gestellte antrag mit den stimmen der spoe angenommen.

gemeinderat hildegard w o n d r a t s c h (spoe) beantragte einen foerderungszuschuss von 50.000 schilling fuer den "ersten wiener moritatenclub".

gemeinderat marilies f l e m m i n g (oevp) wandte sich auch in diesem fall gegen die bedeckung aus dem kulturschilling.

in ihrem schlusswort verwies gemeinderat hildegard w o n d r a t s c h darauf, dass die verwendung der mittel dem geist des gesetzes entspreche. der moritatenclub trage zur belebung des stadtbildes bei.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag wurde mit den stimmen der spoe abgelehnt, der gestellte antrag mit den stimmen der spoe angenommen. (ger.) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (18):

grundverkauf

25 wien, 7.3. (rk) gemeinderat maria k u h n (spoe) beantragte als berichterstatter, eine 3.237 quadratmeter grosse grundflaeche an den arboe zu verkaufen.

der verkauf ist wieder ein beispiel fuer die filzokratie, erklaerte gemeinderat a l r a m (oewp) eine spoe-organisation wie der arboe sollte kein grundstueck der gemeinde wien kaufen. alram kritisierte weiter, dass der wiener fremdenverkehrsverband teile des gebaeudes nutzen wird.

gemeinderat a s c h e r l (spoe) hob hervor, dass die oewp-vertreter im gemeinderatsausschuss, aber auch im fremdenverkehrsverband selbst, dieser loesung zugestimmt haben. fuer die informationsstelle-sued des fremdenverkehrsverbandes wird seit 1974 ein geeigneter ort gesucht. trotz grosser bemuehungen war bisher keine loesung moeglich.

gemeinderat k u h n erklaerte in ihrem schlusswort, dass der arboe nicht bevorzugt wird. in letzter zeit wurden fuenf aehnliche vertraege mit dem oeamtc abgeschlossen.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe und der fpoe a n g e n o m m e n . (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (19):

subvention fuer jugendzentren

27 wien, 7.3. (rk) der verein "jugendzentren der stadt wien" soll zur durchfuehrung seiner aufgaben fuer 1980 30,7 millionen s subvention erhalten, beantragte gr. h o l u b a r z (spoe).

diese subvention solle um ein zehntel verringert, der entsprechende betrag den wiener jugendorganisationen zur verfuegung gestellt werden: diesen a n t r a g stellte gr. p r o c h a s k a (oevp) namens seiner fraktion. der redner kritisierte die von der stadt wien durchgefuehrte benachteiligung der traeger freier jugendarbeit, der jugendorganisationen, durch finanzielle diskriminierung. die mittel der jugendorganisationen seien seit jahren nicht erhoert worden.

im verein wiener jugendzentren bestuenden trotz einzelner verbesserungen immer noch maengel in geschaeftsfuehrung und verwaltung, meinte prochaska weiter: so werden unterlagen wie budget- oder kontrollamtsbericht nicht rechtzeitig und nur unvollstaendig zur verfuegung gestellt, mittel in millionenhoehe, die fuer die sanierung bestehender jugendzentren bestimmt waren, wurden nur teilweise zur beseitigung der maengel, zum teil aber fuer den neu- oder ausbau von jugendzentren verwendet. (hs)

gr. w i e s i n g e r (spoe) erinnerte an den gemeinderatsbeschluss, wonach die landesparteisekretaere fuer eine subvention in der hoehe von einer million schilling fuer den sachaufwand in jugendorganisationen haftbar seien. sollte dieses geld "im ladl" von gr. f u e r s t lieengeblieben sein, so solle er es zur verfuegung stellen. die jugendzentren der stadt wien bieten den jugendlichen zahlreiche aktivitaeten. hervorzuheben sei der integrationsversuch mit auslaendischen kindern und jugendlichen, der integrationsversuch behinderter kinder und jugendlicher und die jugendzentren der offenen tuer. die arbeit der jugendzentren sei ausschliesslich auf eine initiative der rathausmehrheit zurueckzufuehren.

gr. h a h n (oevp) verwies auf oevp-nahe jugendorganisationen, wie kolping und pfadfinder, die trotz geringer subventionen wertvolle jugendarbeit leisten. gegenueber der hoehe des betrages, den die jugendzentren erhalten, fuehlen sich andere jugendorganisationen benachteiligt.

gr. h a n k e (spoe) brachte die letzte sitzung des vereins wiener jugendzentren in erinnerung, in der gr. prochaska weder nach unterlagen noch nach rechnungen fragte. beim bundesparteitag der oevp sei die einstellung der grossen opposition zur jugendarbeit deutlich zum ausdruck gekommen, als ein sprecher der jungen oevp alle sozialistischen jugendgruppen mit der jugendorganisation des dritten reiches verglich.

zu einer tatsaechlichen berichtigung meldete sich gr. f u e r s t (oevp) und wies den vorwurf, dass gemeindegeld in ''seinem ladl'' verschwinde, zurueck. diese unterstellung sei eine ungeheuerlichkeit von einer partei, die bis heute nicht nachweisen koenne, in welcher lade die millionen des baurings verschwunden seien.

zu einer tatsaechlichen berichtigung meldete sich gr. w i e s i n g e r (spoe) und betonte, dass er gr. f u e r s t nichts persoendlich unterstellen wollte.

gr. e d l i n g e r (spoe) stellte fest, dass die subvention fuer den sachaufwand in jugendorganisationen erhoehrt worden sei. die beschuldigung von gr. f u e r s t sei eine ungeheuerliche beleidigung fuer die partei, die bisher alle prozesse bei unterstellungen dieser art gewonnen hat. permanente oevp-verdaechtigungen habe es auch bei der sogenannten ''kurier-faelschungsgeschichte'' gegeben, bei der der oevp-pressdienst ebenfalls eine klage verloren hat.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag wurde abgelehnt, der antrag mit mehrheit a n g e n o m m e n . (ba) (forts.)

k o m m u n a l :
=====

wiener gemeinderat (20) :
flaechenwidmungsplan

28 wien, 7.3. (rk) gemeinderat m i c h a l i c a (spoe)
beantragte die neufestsetzung des flaechenwidmungs- und bebauungs-
planes in einem gebiet zwischen neilreichgasse, raxstrasse,
laxenburger strasse und donaulaendebahn im 10. bezirk.

gemeinderat a r t h o l d (oevp) kritisierte, dass dort,
wo einst gruen war, jetzt wohnbauten errichtet werden. der schutz
des gruenguertels wird dort mit fuessen getreten.

gemeinderat i n g. s v o b o d a (spoe) wies darauf hin,
dass dieses gebiet wegen seiner guenstigen lage als wohngebiet
genuetzt wird. die neufestsetzung des flaechenwidmungs- und be-
bauungsplanes ist wegen der verlaengerung der strassenbahnlinie
'67' und fuer ein fernsprech-waehlamt notwendig. durch den vor-
liegenden antrag wird keine gruenflaeche in bauland umgewidmet.
60 prozent des baulandes sind gruenflaechen, der rest wohnungen.
die oevp wendet sich gegen die errichtung dieser staedtischen
wohnhausanlage.

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe
und fpoe. (ger) (forts.)

1924

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (21):

flaechenwidmung

29 wien, 7.3. (rk) gemeinderat ing. s v o b o d a (spoe)
beantragte den flaechenwidmungs- und bebauungsplan fuer das ge-
biet zwischen laxenburger strasse, lehmgasse und grenzackerstrasse
im 10. bezirk neu festzusetzen. gemeinderat a r t h o l d (oevp)
erklaerte, dass nun auf dem gebiet der schleier-baracke die vor-
aussetzungen fuer einen gewerbepark geschaffen sind. entsprechende
nahversorgungseinrichtungen sollten rasch in angriff genommen
werden.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (sei) (forts.)

1925

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (22):

flaechenwidmung

30 wien, 7.3. (rk) die aenderung des flaechenwidmungsplans fuer ein gebiet in simmering zwischen simmeringer laende, verlaengerter landwehrstrasse, margetinstrasse, zinnergasse und der trasse der bundesstrasse a 4 beantragte gr. ing. s v o b o d a (spoe).

gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) sprach sich gegen das projekt aus, da mit dieser widmung ein laendliches gebiet mit gaertnereien und gemuese-anbau durch strassen beziehungsweise autobahnen zerschnitten werde. das bedeute eine schwere beeintraechtigung der gaertnereibetriebe. auch die arbeiterkammer habe dazu ange-regt, den bau der a 21 in diesem gebiet neuerlich zu ueberpruefen.

zur ueberpruefung des projekts durch den fachbeirat fuer stadt-planung meinte der redner, der beirat sei leichtfertig zu seinem urteil gelangt, da die entsprechenden plaene unvollstaendig - ohne hoehenangaben - vorgelegen seien. der beirat solle sich daher noch-mals mit dem projekt befassen.

wenn eine flaechenwidmung durchgefuehrt wird, muesse man zuerst versuchen, grundsaeztliches festzulegen und zum beispiel eine trasse zu fixieren. erst nach vorliegen der entsprechenden widmung koenne mit den arbeiten am detailprojekt - bei dem auch fragen der umwelt-belaestigung beruecksichtigt werden - begonnen werden, meinte gr. s v o b o d a (spoe) in seinem schlusswort.

a b s t i m m u n g : mit stimmenmehrheit a n g e n o m m e n .
(hs)

subventionen

fuer verschiedene vereine und einrichtungen beantragte stadt-rat m a y r (spoe) subventionen in der hoehe von 6,25 millionen.

stadtrat gertrude k u b i e n a (oevp) regte eine durchlaufen-de oeffnungszeit in der kriseninterventionstelle an. krisen treten ploetzlich auf, und muessen rasch bekaempft werden. selbstmord-

kandidaten richten sich nicht nach den buerozeiten, sondern sind meistens ueber das wochenende und an feiertagen besonders anfaellig.

stadtrat m a y r verwies auf die privaten institutionen, die teils rund um die uhr arbeiten und von der stadt wien subventioniert werden. das psychosoziale zentrum wurde mit 15 millionen subventioniert.

a b s t i m m u n g : e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n .

nach zehnstuendiger dauer wurde die sitzung um 19 uhr geschlossen. (ba) (schluss)

++ ende des sitzungsberichtes ++

1933